

STADT FRIEDRICHSHAFEN Sitzungsvorlage Drucksache-Nr. 2019 / V 00229	Ausfertigungen: Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Ordnung, DEZ2, OB, STP
Dienststelle: Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Ordnung Aktenzeichen: BSO hjs-sö	21.10.2019, Unterschrift:
Mitzeichnung (Datum, Kurzzeichen): ☒ BM Stauber _____ ☐ EBM Dr. Köhler _____ ☐ BM Köster _____ ☒ OB Brand _____	

Betreff: Sicherheitsbefragung Friedrichshafen - Vorstellung der Konzeption "Sicherheitsaudit"			
Anlage(n):			
Medien: Bitte ankreuzen. Alles, was präsentiert werden soll, muss mindestens 1 Arbeitstag vor den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsstelle des Gemeinderates zugeleitet werden, damit die Präsentation gewährleistet werden kann.			
☒ MS Office 2003 Dateien (inkl. ppt, .mpp)	☐ .pdf-, htm-Dateien	☐ DVD	☐ Video

Referent und Zeitdauer: Herr Schraitle - 15 Minuten
--

Gremium:	Datum:	Zuständigkeit:	Öffentlichkeitsstatus:
Finanz- und Verwaltungsausschuss	04.11.2019	Kenntnisnahme	öffentlich

Ggf. Hinweis auf frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, Drucksache-Nr.):

<u>FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN</u>		☒ ja	☐ nein
Kosten:	☒ einmaliger Aufwand (konsumtiv)	Betrag:	20.000 EUR
	☐ einmalige Auszahlung (investiv)	Betrag:	EUR
	☐ jährlicher Folgeaufwand: Personalkosten	Betrag:	EUR
	Sachkosten	Betrag:	EUR
Zuschüsse	☐ einmalige Einzahlung	Betrag:	EUR
bzw.			
Beiträge:	☐ laufende (jährlich)	Betrag:	EUR
MITTELBEREITSTELLUNG IM HAUSHALT:			
☒ Stadt	☒ Ergebnis-HH	☐ Finanz-HH	Kontierungen:
☐ Stiftung	☐ Ergebnis-HH	☐ Finanz-HH	Kontierungen:
Zur Verfügung stehende Mittel			
Planansatz im lfd. Jahr:			EUR
Ermächtigungsübertrag aus dem Vorjahr:			EUR
Noch bereitzustellen:			EUR
Deckungsvorschlag:			EUR

Beschlussantrag:

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss nimmt die vorgestellte Konzeption eines Sicherheitsaudits in Friedrichshafen zustimmend zur Kenntnis.

Hintergrund

Erstaunlicherweise ist das Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum“ im Zuge des ISEK-Prozesses im Beteiligungsverfahren nicht genannt worden. Nun könnte man daraus ableiten, dass das Sicherheitsempfinden und die Sicherheitslage in Friedrichshafen besonders gut sind und daher keine entsprechenden Nennungen im ISEK-Verfahren zu verzeichnen waren. Diese Schlussfolgerung wäre aber nach Ansicht der Stadtverwaltung und der Polizei falsch, denn nach wie vor zählt die Sicherheit zu einem wesentlichen Grundbedürfnis der Bevölkerung. Besonders nach Terroranschlägen, Amokläufen, spektakulären Straftaten, aber auch im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen wie der Zuwanderung, gewalttätigen Auseinandersetzungen G-7-Gipfel usw. sind deutliche Verschlechterungen beim subjektiven Sicherheitsempfinden der Bevölkerung wahrnehmbar.

Deutlich wahrnehmbar ist auch, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in Deutschland nicht mit der objektiven Sicherheitslage übereinstimmt. Während die Straftaten-Statistik seit Jahren sinkt bzw. auf einem niedrigen Niveau bei ansteigender Bevölkerungszahl stagniert, steigt die Anzahl der Menschen, die sich subjektiv unsicher fühlt.

So macht der Deutsche Städte- und Gemeindebund zu einer Studie der R+V Versicherung „Die Ängste der Deutschen 2016“ folgende Anmerkung:

„Die Ergebnisse der Studie sind aus kommunaler Sicht besorgniserregend. Das Sicherheitsgefühl wie auch die Sicherheitslage sind Fragen der Lebensqualität der Bürger in den Kommunen. Angst

vor Kriminalität hat teilweise gravierende Auswirkungen auf die Freiheit der Menschen. Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung ist eine vorrangige öffentliche Aufgabe. Die Sicherheit der Bürger vor Gewalt und Kriminalität zu gewährleisten, ist und bleibt Aufgabe der Polizei. Aber auch die Kommunen sind gefordert. Städte, Gemeinden und ihre Ordnungsbehörden engagieren sich in ihrer täglichen Arbeit für die Sicherheit der Bürger und setzen sich verstärkt für Kriminalprävention ein.“

„Alle staatlichen Ebenen sind in der Verantwortung, um das Sicherheitsgefühl der Bürger wieder zu stärken. Diese Aufgabe wird vor allem in den Städten und Gemeinden, von der Polizei und den Kommunalbehörden gemeinsam wahrgenommen. Dabei muss deutlich werden, dass die Bekämpfung von Kriminalität, Gewalt, politischem und religiösem Extremismus und Fremdenfeindlichkeit eine gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe ist, bei der neben den Behörden auch Vereine, Verbände, die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürgern sind. Es liegt im Interesse der Bürger sowie der zivilgesellschaftlichen Vereinigungen, dass ihre Sicherheit schon unter präventiven Gesichtspunkten verbessert wird. Auch das bürgerschaftliche, freiwillige und ehrenamtliche Engagement ist generell für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig.“

Auch die Stadtverwaltung Friedrichshafen als Polizeibehörde und als Verantwortliche vor Ort ist gefordert, an der Sicherheit Ihrer Einwohner und der Menschen, die sich in der Stadt aufhalten, mitzuwirken und sich für eine hohe Lebens- und Aufenthaltsqualität einzusetzen.

Zielsetzung / Ausgangspunkt

Der jährliche Sicherheitsbericht zeigt, dass Friedrichshafen nicht nur im Vergleich mit Städten ähnlicher Größenordnung objektiv eine sichere Stadt ist. Zwar gibt es auch hier Kriminalität, doch die objektiven Zahlen belegen, dass keine extremen Auswüchse vorhanden sind. Diese Zahlen beruhen auf tatsächlich festgestellten Taten und Verstößen, lassen jedoch die subjektive Seite wie beispielsweise das Unsicherheitsgefühl der Bürger außer Acht. So ist aufgrund der über unterschiedlichste Kommunikationsformen bei der Stadtverwaltung eingehenden Informationen bereits seit längerer Zeit festzustellen, dass scheinbar immer mehr Bürger sich in Friedrichshafen nicht mehr sicher fühlen und die Furcht vor Kriminalität offensichtlich steigt. Wenn man sich die Rückmeldungen aus der Bevölkerung betrachtet, hat dieses subjektive Empfinden nicht nur eine Ursache. Vielmehr liegen die Gründe in den verschiedensten Bereichen und lassen sich auch nicht nur einer Bevölkerungsgruppe zuordnen. Wir haben bisher den Eindruck, dass auch Ordnungsstörungen und Fehlverhalten unterhalb der Schwelle von Straftaten zu einem negativen Sicherheitsgefühl beitragen. Störungen der sozialen Ordnung beeinflussen u.a. die Kriminalitätsfurcht und die Lebensqualität.

Diesem Auseinanderfallen von subjektivem Empfinden und objektiver Lage sollte nach Auffassung der Verwaltung begegnet werden. Auch wenn es objektiv keine hohe Kriminalitätsbelastung gibt, muss es das Ziel sein, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern. Um konkret und an den richtigen Punkten anzusetzen, ist daher geplant, zunächst die Einwohner im Rahmen eines Sicherheitsaudits (Sicherheitsbefragung) zu verschiedenen Situationen und Orten zu befragen, um so die Ursachen für die in der Bevölkerung offensichtlich vorhandenen Eindrücke abzuklären. Nach Auswertung dieser Umfrage werden dann, soweit notwendig, entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen. Ziel ist letztlich, das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken und so die Situation insgesamt zu verbessern.

Das Ziel des Sicherheitsaudits für Friedrichshafen ist die Planung, Initiierung, Durchführung und Kontrolle von Maßnahmen und Projekten. Damit die Projekte erfolgversprechend sind, ist es sinnvoll, solche Maßnahmen zu wählen, welche die Ursachen von Kriminalitätsfurcht und Lebensqualität beeinflussen. Diese Ursachen können mittels der Bevölkerungsbefragung zum Friedrichshafener Sicherheitsaudit gezielt bestimmt werden. Dabei ist die Stadtverwaltung besonders daran interessiert, zu erfahren, welche Maßnahmen in Zuständigkeit der Stadt getroffen werden können.

Da von dieser Situation sowohl der Polizeivollzugsdienst als auch die Stadtverwaltung als Polizeibehörde bei ihrer Aufgabenerfüllung gleichermaßen betroffen sind, kann eine solche Vorgehensweise nur in enger Kooperation zwischen den Beteiligten erfolgen. Mit Vertretern des Polizeipräsidiums Konstanz und des im Aufbau befindlichen Polizeipräsidiums Ravensburg wurde

diese Vorgehensweise deshalb eng abgestimmt und als zielführend eingeschätzt. Es geht letztlich darum, gemeinsam und miteinander deutlich zu machen, dass die Stadt ihre Aufgabe, für ein sicheres Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen, ebenso ernst nimmt wie die Wahrnehmungen der Bevölkerung. Friedrichshafen möchte hier tätig werden, bevor es möglicherweise auch objektiv zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage kommt.

Vorgehensweise

In einer Informationsveranstaltung im Juli dieses Jahres wurde allen externen und internen Beteiligten ein mögliches Sicherheitsaudit durch Prof. Dr. Dieter Hermann vom Kriminologischen Institut der Universität Heidelberg vorgestellt. Auf Grundlage der von Prof. Dr. Hermann erarbeiteten Konzeption wurde in den vergangenen Jahren bereits in mehreren Städten Baden-Württembergs ein derartiges Audit durchgeführt. Bei dieser Präsentation wurde deutlich, dass das Auseinanderfallen von subjektivem Empfinden der Bevölkerung und objektiven Zahlen der Polizei kein für Friedrichshafen spezifisches Problem ist, sondern dass sich auch andere Kommunen mit dieser Thematik konfrontiert sehen.

Im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention gibt es unterschiedliche Herangehensweisen, gemeinsam ist jedoch allen, dass eine Reduzierung der Kriminalität und damit einhergehend der Abbau von Kriminalitätsfurcht und der Aufbau von Sicherheitsgefühl angestrebt wird. Zur Erreichung dieser Ziele ist es erforderlich, die Bevölkerung einzubinden und deren Empfindungen und Wahrnehmungen abzufragen. Hierbei soll auch hinterfragt werden, ob diese Wahrnehmungen sich in verschiedenen Teilen von Friedrichshafen unterscheiden.

Eine Befragung der Bevölkerung ist dabei nach Auffassung der Beteiligten letztlich nur dann zielführend, wenn ein möglichst großer Anteil der Bürgerinnen und Bürger Friedrichshafens aus dem gesamten Stadtgebiet miteinbezogen wird. Dabei sollen bewusst von Seiten der Verwaltung keine zu konkreten Maßnahmen vorgegeben werden, um hier nicht vorzugreifen oder gar das Ergebnis der Umfrage zu beeinflussen. Vielmehr sollen hier zunächst mögliche subjektive Störungen der sozialen Ordnung erfragt werden. (sogenannte „Incivilities“). Zudem werden Vorschläge aus der Bevölkerung abgefragt, um einen Überblick zu gewinnen, an welchen Stellen und in welchen Situationen Handlungsbedarf besteht. Konkrete Maßnahmen sollen erst dann definiert werden, wenn belastbare Ergebnisse vorliegen und damit auch spezifisch vorgegangen werden kann. Dabei muss ein besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, dass das Sicherheitsaudit und die sich daraus ergebenden Maßnahmen sich auf die tatsächlichen Probleme der Bevölkerung fokussieren. Nicht erforderliche Maßnahmen für letztlich nicht vorhandene Probleme bergen die Gefahr, dass in der Bevölkerung erst der Eindruck von Defiziten und Problemen vermittelt wird, was letztlich mit den Zielen eines Sicherheitsaudits nicht zu vereinbaren wäre.

Ausgehend von den Erfahrungen von Prof. Dr. Hermann wurde ein möglicher, für Friedrichshafen passender Ablauf vereinbart, der sich wie folgt darstellt:

1. Erstellung eines mit allen Beteiligten abgestimmten Fragebogens unter Beachtung der Vorgaben der DSchGVO. (Der Fragebogen wird nach Erstellung den Gemeinderäten zur Verfügung gestellt.)
2. Befragung der Bevölkerung im Rahmen einer Online-Befragung
 - a. Repräsentative Auswahl von 10.000 – 15.000 Personen über eine Zufallsstichprobe
 - b. Befragung von Bürgerinnen und Bürgern ab 16 Jahren (analog dem Wahlberechtigungsalter für Kommunalwahlen)
 - c. Versand des Links mit Erläuterungen zum Fragebogen zu einem Online-Portal (sofern kein Internet-Zugang vorhanden ist, kann der Fragebogen in Papierform angefordert werden)

- d. Durchführung der Umfrage durch „Wer-denkt-Was“ (Agentur des „Sag’s doch-Portals), so dass das gewohnte und in Friedrichshafen bereits gut etablierte Portal genutzt werden kann.
 - e. Befragungsdauer drei bis maximal fünf Wochen
 - f. Einrichtung einer Telefon-Hotline und Bereitstellung von FAQs auf der Homepage der Stadt während der Dauer der Umfrage
3. Auswertung der Umfrage
 4. Vorstellung der Ergebnisse zunächst im Gemeinderat
 5. Durchführung einer Präsenzveranstaltung für die Bürger
 - a. Anstoß/Auftakt für Umsetzung
 - b. Definition von Handlungsfeldern und möglichen Maßnahmen
 6. Erneute Präsentation im Gemeinderat, mit Beschlussfassung zu konkreten Maßnahmen

Aufgrund der umfangreichen Erfahrungen von Prof. Dr. Hermann auf diesem Gebiet beabsichtigt die Verwaltung, ihn mit der Durchführung des Sicherheitsaudits zu beauftragen. Durch diese Beauftragung wird nicht nur die erforderliche fachliche Begleitung sichergestellt, sondern es ist auch gewährleistet, dass die Auswertung der Umfrage unter Zugrundelegung relevanter Parameter erfolgt.

Zudem besteht die Möglichkeit, den Sicherheitsaudit nach erfolgten Maßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt zu evaluieren, so dass insofern auch Erkenntnisse darüber geschaffen werden, ob Maßnahmen erfolgreich waren und wie sich seither das Sicherheitsempfinden entwickelt hat.

Zeitplan

Die Durchführung des Sicherheitsaudits kann nach aktuellem Stand folgendem Zeitplan erfolgen:

- Durchführung der Umfrage im ersten Quartal 2020
- Vorstellung der Ergebnisse der Umfrage im Gemeinderat spätestens im Herbst 2020
- Präsenzveranstaltung Herbst 2020
- Beschlussfassung zu konkreten Maßnahmen spätestens Anfang 2021

Finanzierung:

Die erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 20.000,00 EUR werden über das Budget des BSO finanziert.